



# **KS-Newsletter**

## **Jahrgang 2 - 3/2004**

**- März 2004 -**

## I. Nachrichten aus Westfalen-Lippe

### **Münsteraner „Arbeitskreis Beratung für Kinder, Jugendliche und Familien“ bietet Wegweiser zu Beratungsangeboten**

In dritter aktualisierter Auflage macht die handliche Broschüre auf 22 Einrichtungen aus den Bereichen Sozialarbeit, Pädagogik, Psychologie und Medizin aufmerksam. Sie wird an folgenden Orten ausgelegt:

- Münster Information (Stadthaus 1)
- Stadtbücherei
- Familienbüro (Junkerstraße 1)

Themen der Beratungsangebote sind:

- Schulschwierigkeiten
- Beziehungsprobleme
- Kontakte mit Drogen
- Konflikte in der Familie

Der Inhalt der Broschüre steht auch im Internet zur Verfügung:

[www.beratungsstellen-muenster.de](http://www.beratungsstellen-muenster.de)

Quelle: Münstersche Zeitung vom 02.03.2004

---

### **Neuer Förderverein für Drogenberatung Iserlohn**

Die Anonyme Drogenberatung Iserlohn, mit den drei Standorten Iserlohn, Lüdenscheid und Werdohl zuständig für den Märkischen Kreis, erfährt nun durch einen neu gegründeten Förderverein Unterstützung. Nicht nur die Erschließung notwendiger neuer Finanzquellen steht auf der Tagesordnung, sondern auch das Angebot eines Forums für Bürgerinnen und Bürger, denen Suchtprävention und Hilfe für Drogenabhängige ein Anliegen ist.

Auch Vertreter der Suchtselbsthilfe erhoffen sich durch die Arbeit des Fördervereins einen Abbau der Informationsdefizite zum Thema Sucht.

Bei Interesse an der Arbeit des Fördervereins – oder auch an der Arbeit im Förderverein – geben die drei Beratungsstellen Informationen:

- Iserlohn: 02371-29777
- Lüdenscheid: 02351-27707
- Werdohl: 02392-12260

Quelle: Westfälische Rundschau vom 02.03.2004-03-04

---

### **Erstmals in Nordrhein-Westfalen: Jugendkontaktbeamte bei der Hagener Polizei**

Als Investition in die Zukunft sieht die Hagener Polizeipräsidentin das gerade neu eingerichtete Arbeitsfeld der Jugendkontaktbeamten – kurz Jucops genannt. Die Aufgabe: Präventionsarbeit bei Kindern und Jugendlichen. Das Ziel: Verhinderung neuer krimineller Karrieren. Aber natürlich stehen auch die Kontakte zu Lehrern, Sozialarbeitern und Jugendgruppenleitern auf dem Arbeitsplan. Speziell eingerichtet wurde auch eine Jugendhotline unter der Rufnummer 02331-986-2222. Diese Hotline steht für jede Art von Anliegen zur Verfügung – außer für Notrufe.

Auch wenn Prävention im Vordergrund steht, unterliegen die beiden Beamten dem Strafverfolgungszwang: sie müssen bei Erlangung von Kenntnissen über Straftaten ihrer „normalen“ Polizeiarbeit nachgehen.

Informationen: Polizeipräsidium Hagen, 02331-986-0

Quelle: Westfalenpost vom 02.03.2004

---

## **„Werdohler Präventionsrat“ nimmt die Arbeit auf**

Ausgehend von der Präventionsaktion „Sucht hat immer eine Geschichte“ an den Schulen im Herbst 2003 hat sich der Präventionsrat gebildet und trifft sich am 09.03. 2004 zum ersten Mal. Unter Moderation der Stadt werden Suchtberatungslehrer, das Kreisgesundheitsamt, die Drogenberatungsstelle, das Blaue Kreuz, Erzieherinnen, der CVJM, Pfadfinder, Sportvereine, Kirchengemeinden und das Kommissariat Vorbeugung gemeinsam an Strategien der Suchtprävention arbeiten.

Informationen: Stadtjugenpfleger Jörg Esser, Tel.: 02392-917-0

Quelle: Westfälische Rundschau vom 02.03.2004

---

## **Gefahr für die Sozialberatung Gronau zunächst gebannt**

Die Finanzierung der Schuldner- und Drogenberatung in Gronau ist jetzt für das Jahr 2004 gesichert – und auch die Perspektiven für das Jahr 2005 sind nicht mehr so düster. U.a. haben die Mitarbeiter auf zehn Prozent ihres Gehaltes verzichtet, aber auch durch zusätzliche Zuschüsse aus Gronau, Gescher, Ahaus, Stadtlohn, Vreden, Schöppingen, Heek, Legden und der Volksbank Gronau-Ahaus ließ sich das Defizit beheben.

Für 2005 hat der Kreis in Aussicht gestellt, neben den Personalkosten auch die ungedeckten Sachkosten bereit zu stellen.

Informationen: Sozialberatung Gronau, Tel.: 02562-96666

Quelle: Westfälische Nachrichten vom 03.03.2004

---


Entnommen aus: KSA NEWSLETTER Kinder- u. Jugendschutz 2004/2, 24.02.04

## **Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Sucht- u. Drogenberatung**

In Kindheit und Jugend werden die entscheidenden Weichen zu späteren Suchtkarrieren gestellt. Und die beginnen immer früher. Um diesem Trend entgegenzuwirken, wollen die verschiedenen sozialen Dienste und Einrichtungen der Caritas in der Diözese Münster in der Jugendhilfe künftig enger mit der Sucht- und Drogenberatung zusammenarbeiten.

Nähere Infos über den

Caritasverband für die Diözese Münster e.V., Kardinal-von-Galen-Ring 45, 48149 Münster,

 0251-8901-215, Fax 0251-8901-4215

---

## II. Aktuelle drogenpolitische Nachrichten

### **Jugendliche vor Alcopops schützen**

**Mi, 03.03.2004**

**Süße alkoholische Mixgetränke, so genannte Alcopops, kommen bei den Jugendlichen immer mehr in Mode. Sie sind gefährlich. Mit präventiven und gesetzgeberischen Maßnahmen soll ihr Konsum eingedämmt werden.**

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hat am 3. März dem Bundeskabinett eine Formulierungshilfe für einen Gesetzentwurf der Regierungsfractionen zum verbesserten Schutz junger Menschen vor Gefahren durch Alkohol- und Tabakkonsum vorgestellt. "Alcopops führen insbesondere unter Jugendlichen in den letzten Jahren zu einem rasanten Konsumanstieg. Sie sind bei Jugendlichen inzwischen ein populäres, aber riskantes Kultgetränk," erklärte Schmidt.

#### **Süße Zusatzstoffe überdecken harten Alkohol**

Die Bundesregierung betrachtet den zunehmenden Konsum der Alcopops mit Sorge, beinhaltet eine Flasche dieser harmlos erscheinenden Getränke doch zwei Schnäpse, die durch süße Zutaten und Aromastoffen übertüncht werden.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marion Caspers-Merk, hat wiederholt auf die Gefahren von Alcopops hingewiesen: Niemand merke, dass er in Wirklichkeit harten Alkohol trinke. Alcopops richteten großen Schaden an und seien eine Einstiegsdroge, hatte Merk bereits im November 2003 gewarnt.

Vor dem Hintergrund des Kinder- und Jugendschutzes besteht deshalb dringender Handlungsbedarf. Die Bundestagsfractionen von SPD und Die Grünen werden in Kürze einen gemeinsamen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einbringen.

#### **Warnhinweis und Verteuerung sollen Konsum einschränken**

Um die Abgabe von Alcopops an Minderjährige zu verhindern, weist künftig ein Warnhinweis auf dem vorderen Flaschenetikett eindeutig darauf hin, dass diese Getränke erst an Personen über 18 Jahre verkauft werden dürfen.

Zudem sieht der Entwurf eine Sondersteuer auf Alcopops vor. Sie soll bei Flaschen mit einem Inhalt von 275 Millilitern 83 Cent betragen. Die Verteuerung der Alcopops durch die Sondersteuer soll die bunten Mixgetränke für Jugendliche unattraktiv machen.

#### **Zigarettenpackungen müssen mindestens 17 Zigaretten enthalten**

Der Gesetzentwurf verbietet außerdem die kostenlose Abgabe von Zigaretten und sieht außerdem vor, dass Zigarettenpackungen mindestens 17 Zigaretten enthalten. Auf diese Weise sollen junge Menschen vom frühen Einstieg in das Rauchen abgehalten werden.

Der geplante Gesetzentwurf stellt eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden Regelungen zum Jugendschutz dar. Das Gesetz soll zum 1. Juli 2004 in Kraft treten. Mit dem neuen Jugendschutzgesetz, das zum 1. April 2003 in Kraft trat, hat die Bundesregierung hierzu bereits wichtige Maßnahmen umgesetzt. Zudem wurde ein Verbot für Tabak- und Alkoholwerbung in Kinos vor 18 Uhr festgelegt.

>> [Alcopops besonders für Jugendliche gefährliche Verführer](#)

Quelle: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

## **Alkopop-Steuer schützt Jugendliche und stärkt Suchtprävention**

3. März 2004

Anlässlich der Einbringung einer Gesetzesinitiative zum verbesserten Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums erklärt **Ulrike Höfken**, verbraucherpolitische Sprecherin:

Die Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen wollen mit einer eigenen Gesetzesinitiative der zunehmenden Gesundheits- und Suchtgefährdung durch alkoholhaltige süße Mischgetränke und Tabak bei jungen Menschen entgegenreten. Mit einer Sondersteuer werden alkoholhaltige Süßgetränke, so genannte Alkopops, künftig deutlich teurer. Ein Hinweis auf der Frontseite der Getränkeflasche weist noch einmal deutlicher auf das Abgabeverbot gemäß Paragraf 9 Jugendschutzgesetz hin und soll vor allem auch Eltern und das Verkaufspersonal erreichen. Erwiesen ist, dass Kinder und Jugendliche über den Preis im Konsumverhalten zu beeinflussen sind.

Alkopops sind Trendsetter des Einstiegs in den Alkoholkonsum. Die Zahlen sind alarmierend: Eine aktuelle Repräsentativerhebung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung belegt: Im Jahre 2003 kauften viermal so viele Jugendliche Alkopops als 1998. Vor allem 11- bis 16-Jährige sprechen auf die süßen und trendigen Verführer in farbenfrohen handlichen Flaschen, die wie durstlöschende Limonaden schmecken, an. Rausch, Trunkenheit und alkoholbedingte Probleme sind die Folgen und eine dramatisch wachsende Gefahr für die Gesundheit junger Menschen.

Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern wie der Schweiz und Frankreich belegen: Sondersteuern sind wirksame Instrumente zum Schutz Jugendlicher vor Alkoholmissbrauch. Die eingenommenen Gelder werden für zusätzliche Maßnahmen der Suchtprävention zur Verfügung stehen.

Auch die Länder können ihren Beitrag leisten und die Einhaltung des Abgabeverbots von Alkohol- und Tabakwaren gezielter kontrollieren. Testversuche der Stiftung Warentest zeigen, dass sich minderjährige Jugendliche innerhalb von zwei Stunden 20 Flaschen Alkopops kaufen konnten.

Gleichzeitig bessert der Entwurf den gesetzlichen Schutz vor Tabakmissbrauch nach. Das Durchschnittsalter, in dem junge Menschen ihre erste Zigarette rauchen, liegt zwischen 13 und 14 Jahren. Besorgniserregend sind die steigenden Zahlen bei jungen Mädchen. Aus diesem Grund wird der Gesetzesentwurf die kostenlose Abgabe von Zigaretten verbieten und eine Mindestverpackungsgröße von 17 Stück vorgeben.

Das Angebot der Spirituosenindustrie, bei Verzicht auf die Sondersteuer eine breit angelegte Werbekampagne zur Aufklärung von Kindern und Jugendlichen vor Alkoholmissbrauch zu starten, ist eine Farce, wurde die Kundengruppe Junge Menschen mit Werbespots und niedrigen Verkaufspreisen doch gezielt angesprochen. Der Schutz der Verbraucher und insbesondere von Kindern und Jugendlichen vor Gesundheitsgefährdungen hat für uns absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen einzuräumen. Auf einen solchen Kuhhandel werden wir uns nicht einlassen.

Quelle: [http://www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs\\_dok/0,,55016,00.htm](http://www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs_dok/0,,55016,00.htm)  
© Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN 2004

---

Pressemitteilung vom 03.03.2004

## **HAUPT/PARR: Alkopops erfordern drastischere Jugendschutzmaßnahmen**

BERLIN. Alkopops werden zunehmend als große Gefahr für Jugendliche gesehen. Die FDP-Bundestagsfraktion hat auf Initiative ihres jugendpolitischen Sprechers, Klaus Haupt und ihres sucht- und drogenpolitischen Sprechers Detlef Parr einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der drastische Jugendschutzmaßnahmen fordert. Dazu erklären Klaus HAUPT und Detlef PARR:

Alkopops sind für Jugendliche besonders verführerisch. Dadurch sinkt die Hemmschwelle für den frühzeitigen Alkoholkonsum erheblich und die Suchtrisiken steigen. Deshalb müssen unbedingt drastische Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer Eindämmung des trotz Abgabeverbots stark steigenden Konsums bei Jugendlichen führen.

Dafür müssen vor allem die entsprechenden Produkte und Verkaufsregale mit einem deutlichen Warn- und Verbotshinweis versehen werden und Alkopops in den Geschäften von alkoholfreien Getränken strikt getrennt werden.

Zudem müssen die Kassensysteme im Einzelhandel mit einem automatischen Warnsystem versehen werden, so dass das Personal an die Ausweispflicht und das Verkaufsverbot erinnert wird.

Auch muss das geltende Recht endlich voll ausgeschöpft und die Einhaltung der bestehenden Jugendschutzvorschriften durch die zuständigen Behörden strenger überprüft werden, zumal die Bußgelder erst kürzlich deutlich erhöht worden sind. Ob eine Sondersteuer das Problem eindämmen kann oder nur ein Trick ist, neue Geldquellen unter dem Jugendschutz-Deckmantel zu erschließen, ist derzeit noch nicht abschließend zu beurteilen. Jedenfalls macht es wenig Sinn, alkoholhaltige Mixgetränke auf Brantweinbasis extra zu besteuern, aber alkoholhaltige Getränke auf Bier- und Weinbasis nicht. Diese sind schon ab 16 Jahren freigegeben und für Jugendliche genauso gefährlich - und genauso verführerisch. Deshalb fordert die FDP von der Bundesregierung eine umfassende Präventionsstrategie, die auch eine umfassende Aufklärungs- und Informationskampagne beinhaltet. Eine selektive Besteuerung lässt einen Großteil des Problems unberücksichtigt.

Susanne Bühler - Telefon [030] 227-51131 - pressestelle@fdp-bundestag.de

---

## **UN-Studie warnt vor steigendem Cannabiskonsum**

- Cannabisabhängigkeit Grund für 25 Prozent aller Drogentherapien

Die UN-Drogenkontrollbehörde INCB hat erneut vor steigendem Cannabiskonsum in Europa gewarnt und strenge Präventionsmaßnahmen gefordert. "Cannabis bleibt die Droge Nummer eins in Europa", sagte der Sekretär des Internationalen Suchtstoffkontrollrats (INCB), Herbert Schaepe, bei der Vorstellung des Jahresberichts in Berlin.

Während die Behörden "keinerlei Maßnahmen" ergriffen, hielten immer mehr Jugendliche Cannabis für eine harmlose Droge. "Es gab noch nie so viele junge Leute, die sich wegen Problemen mit Cannabis einer Therapie unterziehen mussten", sagte Schaepe. Cannabisabhängigkeit sei mittlerweile der Grund für 25 Prozent aller Drogentherapien. Dennoch blieben "gezielte Präventionsmaßnahmen" der Regierungen aus.

Sorgen bereitet den UN-Experten auch der Handel mit Amphetaminen wie Ecstasy. In Westeuropa werde weltweit das meiste Ecstasy hergestellt und vor allem über die Niederlande in der ganzen Welt vertrieben. Nach wie vor zähle außerdem der europäische Kokainmarkt zu den größten der Welt. Der Heroinkonsum in Europa war laut der UN-Behörde in den vergangenen Jahren zwar rückläufig. Wegen der immer größeren Opiumernten in Afghanistan rechnet die INCB jedoch auch hier wieder mit einem wachsenden Markt.

Im Kampf gegen den Drogenschmuggel aus Afghanistan kritisierten die Vereinten Nationen den Nachbarstaat Turkmenistan scharf. "Die Nachbarländer können nicht passiv bleiben", erklärte die INCB. Turkmenistan drohe ein "Schwachpunkt" im internationalen Kampf gegen Drogen zu werden. Die Regierung Turkmenistans weigert sich der Studie zufolge, Statistiken über den massiven Drogenschmuggel aus und nach Afghanistan zu veröffentlichen - trotz einer 700 Kilometer langen gemeinsamen Grenze. Afghanistan ist der größte Opium-Produzent der Welt. Mehr als zwei Drittel des illegalen Opiums stammen aus dem Land am Hindukusch.

---

Diese Meldung wurde von [presstext.deutschland](http://www.presstext.deutschland) ausgedruckt und ist unter <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=040303017> abrufbar.

## **UNO fordert Schritte gegen Internet-Drogen-Verkauf Rauschgifte und psychotrope Substanzen zu einfach im Netz bestellbar**

Wien (pte, 03. Mär 2004 10:49) - In seinem heute, Mittwoch, veröffentlichten Jahresbericht fordert der Internationale Suchtgiftkontrollrat INCB <http://www.incb.org/> härteres Vorgehen gegen den illegalen Internethandel von pharmazeutischen Produkten, die Suchtgifte enthalten. Dazu zählen unter anderem auch Viagra und Ritalin gegen Hyperaktivität und das Anti-Depressionsmittel Prozac. Der Internethandel mit Medikamenten, die der internationalen Kontrolle unterliegende Substanzen enthalten, nimmt weltweit zu.

Die UN-Organisation fordert vor allem die Regierungen auf, sämtliche illegale Verkäufe dieser Produkte unter Strafe zu stellen, damit ein rechtliches Vorgehen ermöglicht wird. Dazu zähle auch eine Vereinheitlichung der Rechtsnormen zur Regelung des Internethandels. Der INCB warnt auch davor, dass die Angaben zu solchen Produkten im Internet häufig falsch und widersprüchlich sind. Der Missbrauch der Substanzen führt nach Angaben der INCB immer öfter zu Einlieferungen in die Notfallambulanzen der Krankenhäuser. In einigen vor kurzem beschlagnahmten Internet-Apotheken in den USA wurden zu fast 90 Prozent Substanzen bestellt, die der internationalen Kontrolle unterliegen, berichtet die UN-Behörde.

Die über das Internet bestellten Medikamente werden nicht nur per Post innerhalb des eigenen Landes verschickt, sondern auf dem Postweg auch in andere Länder geschmuggelt. So wurden im Internet zum Verkauf angebotene psychotrope Substanzen aus asiatischen Ländern nach Europa und in die USA versendet. Zu den Ländern, aus denen die Sendungen kommen, zählen unter anderem Thailand, Pakistan und Indien. Nach Angaben des INCB versorgen die illegal betriebenen Internet-Apotheken drei höchst unterschiedliche Kundengruppen: mehrfach Drogenabhängige, die große Mengen dieser Arzneimittel einnehmen, ehemalige Patienten, die im Zuge ihrer Behandlung eine Abhängigkeit von solchen Drogen entwickelt haben und von ihrer Sucht nicht loskommen, und Personen, die rezeptpflichtige Medikamente über das Web kaufen, weil dazu kein Arztbesuch notwendig ist. Die Bestellung ist einfach von zu Hause aus möglich, darüber hinaus werden viele Produkte meist billiger angeboten.

Der INCB warnt aber besonders vor den Gefahren der "ahnungslosen Käufer". Da das Suchtpotenzial vieler Stoffe hoch ist, besteht die Gefahr, dass diese Gruppe von solchen Medikamenten abhängig wird. "Eine der Hauptursachen für dieses riskante Verhalten liegt in der leider weit verbreiteten Meinung, dass der zweckwidrige Gebrauch oder Missbrauch pharmazeutischer Produkte weniger schädlich ist als der Missbrauch illegal hergestellter Drogen", so der INCB-Bericht.

Sogar Ritalin, ein amphetaminartiges Aufputzmittel, das gemäß der Konvention von 1971 über psychotrope Substanzen der Kontrolle unterliegt, wird über das Internet verkauft. Die Substanz, die aufgrund ihres hohen Missbrauchsrisikos bekannt ist, wurde auf einigen Apothekenseiten im Web als mildes und harmloses Stimulans beworben. (Ende)

Aussender: [presstext.austria](http://www.presstext.austria)  
Redakteur: Wolfgang Weitlaner,  
email: [weitlaner@presstext.at](mailto:weitlaner@presstext.at),  
Tel. +43-1-81140-307

---

### III. Weitere Nachrichten

#### **Kinder suchtkranker Eltern sollen besser betreut werden Drogenbeauftragte und Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen geben Eckpunktepapier heraus / Kooperation zwischen Schule und Ärzten gefordert**

**BERLIN (con).** Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) und die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Marion Caspers-Merk (SPD) wollen eine bessere Betreuung von Kindern suchtkranker Eltern erreichen. Deshalb haben sie ein Eckpunktepapier mit Empfehlungen herausgegeben.

"Suchtkranke Eltern sind bei uns immer noch ein Tabuthema. Das Schweigen über Suchterkrankungen und die Auswirkungen auf Familien und Kinder muß gebrochen werden", sagte Caspers-Merk. In Deutschland wachsen nach Angaben der DHS über 2,5 Millionen Kinder mit mindestens einem suchtkranken Elternteil auf.

"Diese Kinder leben mit einem erhöhten Risiko, selbst suchtkrank zu werden", heißt es in einer Mitteilung der Drogenbeauftragten. Der Arzt und DHS-Vorsitzende Professor Dr. Jobst Böning pflichtet bei: "Diese Kinder sind massiv gefährdet, ähnlich wie ihre Eltern zu reagieren, deshalb sind Interventionen notwendig, um einen wieder in die Sucht führenden Kreislauf zu verhindern." In den zehn Eckpunkten heißt es unter anderem:

- Die Kooperation zwischen Suchthilfe, Kinder- und Jugendhilfe und den medizinischen Diensten muß verbessert werden. Ärzte, Sozialarbeiter, Psychologen und Pädagogen sollen zusammenarbeiten, damit betroffene Kinder schneller erkannt und besser versorgt werden können.
- Die Öffentlichkeit muß über die Auswirkungen von Suchterkrankungen auf Familien informiert werden. Nur eine sensibilisierte Öffentlichkeit ebne den Kindern den Weg zu Hilfsangeboten.
- Das Thema Suchterkrankungen muß in die pädagogische, psychologische und medizinische Ausbildung aufgenommen werden. Nur so könne das Bewußtsein für die Probleme Kinder suchtkranker Eltern geschärft werden.

Quelle: Ärzte Zeitung vom 20.01.2004

---

Entnommen aus: **KSA-Newsletter Konsum und Sucht, Ausgabe 06/2004, 18.02.2004**

#### **Sucht allgemein: Kinder süchtiger Eltern sehr stark gefährdet**

Die Kinder suchtkranker Eltern werden häufig selbst abhängig von Alkohol, Medikamenten oder illegalen Drogen. Das hat eine Studie unter 4000 Suchtkranken im Alter unter 30 Jahren ergeben. Danach sind rund 69 Prozent der jungen Abhängigen mit mindestens einem suchtkranken Angehörigen aufgewachsen, teilt der Kreuzbund in Hamm mit, der die Studie zusammen mit vier anderen Sucht-Selbsthilfeverbänden erarbeitet hat. Die Quote liege deutlich höher als nach den bisherigen Ergebnissen der Suchtforschung zu erwarten gewesen wäre, erläutert Kreuzbund-Bundesgeschäftsführer Heinz-Josef Janßen. Für Kinder aus suchtblasteten Familien sei es besonders schwer, von der Droge loszukommen, weil sie nach einer Behandlung nicht auf die Unterstützung ihrer Herkunftsfamilien bauen können, heißt es beim Blauen Kreuz in Wuppertal. Selbsthilfegruppe wiederum erreichten überwiegend Personen ab 35 Jahren. Mit dem Projekt «Brücken bauen», bei dem ehrenamtliche Helfer speziell für die Arbeit mit jungen Suchtkranken ausgebildet werden, sollen jetzt zusätzliche Angebote für Abhängige im Alter unter 30 geschaffen. (dpa)/(NetDoktor.de 10.02.2004)

Entnommen aus: **KSA-Newsletter Konsum und Sucht, Ausgabe 06/2004, 18.02.2004**

---



### **Illegale Drogen: Mehr Aufklärung zu Hepatitis C!**

Virushepatitis wird von Drogensüchtigen vielfach angesehen wie ein Schnupfen, weil die unmittelbaren Folgen der Infektion meist harmlos erscheinen. Hepatitis-C-Viren (HCV) verbreiten sich dabei unter Süchtigen rasant, und intravenöser Drogengebrauch ist heute in Deutschland die Hauptinfektionsursache dafür. – Nach Studiendaten sind bereits nach dreimonatigem Drogenspritzen 40 Prozent der Süchtigen mit HCV infiziert, mit fatalen Spätfolgen: Bis zu 20 Prozent der chronisch Infizierten erkranken binnen 20 Jahren an Leberzirrhose mit hohem Risiko für ein hepatozelluläres Karzinom. – Wenn jetzt das European Centre for Drug Monitoring angesichts der HCV-Bedrohung Alarm schlägt, gilt das auch für Deutschland. Es ist höchste Zeit, daß bei uns der Hepatitis C mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Vor allem junge Menschen müssen besser als bisher über die Risiken aufgeklärt werden. – Die meisten Infizierten wissen zudem nichts von ihrer Erkrankung. Hier sind Hausärzte gefordert, bei gering erhöhten Leberwerten eine HCV-Diagnostik zu veranlassen. Denn werden Infektionen früh erkannt, dann haben Betroffene durch moderne Therapien eine gute Prognose. (*Wolfgang Geissel*)  
(Ärzte Zeitung online 11.02.2004)

---

Entnommen aus: **KSA-Newsletter Konsum und Sucht , Ausgabe 07/2004, 19.02.2004**

### **Alkohol: Junge Leute informieren sich im Internet**

Über die Gefahren des Alkohols klärt man junge Leute am besten über das Internet auf. Das ist ein Ergebnis einer Meta-Analyse von Studien zu diesem Thema. 15- bis 24jährige, die Probleme mit Alkohol haben, scheuen davor zurück, das Thema bei einem Arztbesuch anzusprechen. Sie haben Angst, abgeurteilt zu werden. Deshalb sei es am besten, über das Internet zu informieren, so das Team um Dr. Kypros Kypri von der Universität in Otago in Neuseeland. Vor allem Studenten zögen das einem Gespräch vor. So könnten sie ihr eigenes Trinkverhalten mit dem von Altersgenossen vergleichen und es dann auch ändern, ohne sich outen zu müssen. – Dennoch raten die Wissenschaftler Ärzten, das Thema Alkohol bei jungen Menschen, die immer wieder Probleme mit dem Trinken haben, anzusprechen, heißt es in der Pressemitteilung der neuseeländischen Uni. Ein Gespräch von zehn bis 15 Minuten, in dem auf die Gesundheitsgefahren aufmerksam gemacht und medizinischer Rat gegeben wird, reicht schon. Denn eine kurze Intervention ist genauso effektiv wie ein langes ärztliches Gespräch, ist ein weiteres Ergebnis der Studie. Und bei Jugendlichen hat man so mehr Chancen, sie wirklich zu erreichen. – Die Ergebnisse der Studie werden in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift "Alcoholism: Clinical & Experimental Research" veröffentlicht.  
(Ärzte Zeitung online 17.02.2004)

---

Entnommen aus: **KSA-Newsletter Konsum und Sucht , Ausgabe 07/2004, 19.02.2004**

### ***Suchtpolitik: Alkohol und Tabak als Drogen bekämpfen***

Der Schwerpunkt im Kampf gegen Drogen sollte nach Ansicht der rheinland-pfälzischen Grünen auf Alkohol und Tabak gelegt werden. Die Politik müsse sich an der Gefährlichkeit einzelner Drogen orientieren und nicht an der Frage, ob sie legal oder illegal sind, forderte der gesundheitspolitische Fraktionssprecher, Reiner Marz, am Montag in Mainz. Weil Alkohol und Tabak gemessen an den Todeszahlen am gefährlichsten seien, müssten Werbeverbote erlassen werden. Die Gefährlichkeit legaler Drogen sieht Marz in der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage seiner Fraktion bestätigt. Daraus geht hervor, dass jährlich in Rheinland-Pfalz rund 5000 Menschen an den Folgen des Tabakkonsums und 600 an den Folgen von Alkohol sterben. 66 Menschen starben 2002 an illegalen Drogen. Marz forderte, das Gesundheitsministerium solle mehr Befugnisse in der Drogenpolitik bekommen, weil das Prinzip «Helfen statt strafen» im Vordergrund stehen müsse.

Zugleich kritisierte Marz Justizminister Herbert Mertin (FDP), der den Konsum schon kleiner Mengen Haschisch als Ordnungswidrigkeit einstufen und mit einer Geldstrafe belegen wolle. Als inkonsequent bezeichnete Marz die Bemühungen zur Verringerung des Nikotinkonsums: Einerseits veranstalte die Regierung Kampagnen gegen das Rauchen, andererseits klage die zu 90 Prozent in Besitz des Landes stehende Nürburgring GmbH gegen eine EU-Richtlinie zur Verringerung der Tabakwerbung. (dpa)  
(NetDoktor.de 17.02.2004)

---

Entnommen aus: NEWSLETTER Kinder- und Jugendschutz 2004/2 – 24. Februar 2004,  
Katholische Sozialethische Arbeitsstelle (KSA)

---

### **Verkauf von Alcopops an Jugendliche**

Viele Geschäfte in Deutschland verkaufen offenbar weiterhin illegal so genannte Alcopops an Jugendliche. Wie eine Stichprobe der Verbraucher-Zentrale Hamburg ergab, wurden in drei von vier Fällen in Supermärkten, Tankstellen und an Kiosken die Alkoholgetränke an jugendliche Testkäufer ausgehändigt, ohne dass deren Alter kontrolliert wurde. Das meldet das Deutsche Ärzteblatt unter <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=15242>

### **Beispielhafte Initiative: Alkoholpops aus Verkaufsregal verbannt**

Während Politiker noch diskutieren und Experten streiten, ob die neuen Alkopops für Jugendliche gefährlich sind, hat REWE Homberg, Dortmund, (<http://Homberg-Food.de>) entschieden, die neuen Alkohol-Mixgetränke (z.B. Bacardi Rigo, Smirnoff Ice) nicht mehr in ihren Läden zu verkaufen. Respekt vor dieser unternehmerischen Entscheidung.

---

## **Heroin-Projekt hat seinen Schrecken längst verloren**

### **Politiker, Anwohner und Polizei zufrieden / Fortführung aber ungewiss**

Von Christian Ebner (dpa)

Frankfurt - Die CDU-Politikerin Margrit Weißbach macht den Erfolg der staatlichen Heroinvergabe in Frankfurt unter anderem an einem gut gepflegten Aquarium fest. Das steht im Warteraum der Heroin-Ambulanz im Frankfurter Ostend und erfreut sich reger Anteilnahme unter den knapp 100 Schwerstabhängigen, die sich hier täglich in kleinen Mengen ihre Droge holen. "Die kümmern sich um die Fische und bauen auch zu Menschen wieder normale soziale Beziehungen auf", sagt Weißbach, die Vorsitzende des städtischen Gesundheitsausschusses ist.

Vor einem Jahr hat unter großer Geheimhaltung der erste Frankfurter Junkie Stoff vom Staat erhalten. Die ohne Medienrummel eröffnete Ambulanz in einer ehemaligen Weinhandlung ist Teil eines bundesweiten Medikamentenversuchs mit insgesamt 1 160 Teilnehmern, von denen die eine Hälfte Heroin und die andere Hälfte die Ersatzdroge Methadon erhält. In insgesamt sieben Städten wird so getestet, ob Heroin möglicherweise das wirksamere Medikament für diese verelendete Patientengruppe ist. Wie in anderen Städten hat es auch in Frankfurt heftige Proteste gegen den konkreten Standort der Drogeneinrichtung gegeben, die nach dem ersten von zwei geplanten Jahren Betrieb ihren Schrecken verloren hat.

"Unsere Befürchtungen haben sich zum Glück nicht bewahrheitet", sagt Christian Kahnke, Nachbar und Vater eines Kindes in der nahen Uhlandschule. Nichts Gravierendes sei vorgekommen, die Grundschüler seien auch nicht wie befürchtet belästigt worden. Die Polizei hat weder mehr Kriminalität noch die Bildung einer neuen Drogenszene beobachtet, bestätigt Polizeisprecher Jürgen Linker.

Für die starke Protestwelle macht Kahnke die "katastrophale Informationspolitik" der Stadt verantwortlich, die den Standort viel zu spät genannt und wichtige Informationen erst nach den Protesten preisgegeben habe. "Die haben sich selber nicht geglaubt, dass eine solche Einrichtung ungefährlich ist. Und wer selbst nicht glaubt, dem wird auch nicht geglaubt."

Das städtische Gesundheitsdezernat tut sich immer noch schwer mit transparenten Informationen und konkreten Zahlen zu Abrechnen, dem Nebenkonsument anderer Drogen und verabreichten Heroin-Portionen. Stadtrat Nikolaus Burggraf (CDU) hat die beteiligten Ämter bis zu einem Zwischenbericht Ende März zum Schweigen vergattert. "Wir sind mit dem bisherigen Verlauf sehr zufrieden", erklären daher Prüfarzt Wilfried Köhler und Projektleiter Werner Heinz ein wenig einsilbig.

Der Weg ins Heroinprojekt habe sich für die meisten gelohnt, meint SPD-Drogenexpertin Renate Wolter-Brendacker: "Den Klienten geht es gesundheitlich sehr viel besser, sie sind auch sozial wieder integrierbar."

Schwierige Verhandlungen zeichnen sich aber bei den Haushaltsberatungen ab, bei denen es auch um die Fortführung des Heroinprojektes gehen wird. Allen Beteiligten ist klar, dass es eine Zulassung von Heroin als verschreibungsfähiges Medikament erst deutlich nach Versuchsende geben kann. Was bis zu einer Entscheidung mit den hochgradig abhängigen Versuchsteilnehmern passiert, ist unklar.

"Wir können die Menschen nicht von jetzt auf gleich fallen lassen", sagt Margrit Weißbach. Sie sieht zunächst den Bund in der Pflicht, die Zulassung voranzutreiben und sich an den Kosten zu beteiligen, die jetzt zu mehr als 80 Prozent von der Stadt getragen werden. Der Grüne Stefan Majer will hingegen ein Folge-Projekt in den kommunalen Haushalt schreiben, schon aus ethischer Verpflichtung gegenüber den Teilnehmern: "Das wird nicht billig, das ist klar. Aber wir haben diesen Weg gemeinsam eingeschlagen, den wir nun zusammen zu Ende gehen müssen."

---

---